

Frage zur Behandlung von Baugesuchen ausserhalb der Bauzone

Für mich unvergesslich bleibt der Freitagabend, 13. März 2020, wo ich als Geschäftsführer der Lenzerheide Bergbahnen den Beschluss des Bundesrates mitgeteilt erhielt, dass wir mitten im Winterbetrieb all unsere Anlagen ab dem kommenden Samstagmorgen sofort schliessen müssen.

In der ungewissen Zukunft für alle Beteiligten freute ich mich immer wieder, wenn ich Meldungen über die grosse Unterstützung für unsere Branche, rasche Behandlung der Eingaben für die Kurzarbeit, Covidkredite usw. erfahren durfte. Auch wurde von Seiten der Regierung rasch versprochen, dass man alle Bauprojekte welche eingegeben werden, so rasch wie möglich behandeln und abwickeln wird, um so der Wirtschaft die notwendigen Impulse zu geben. So erhalten in der schwierigen Zeit das Baugewerbe und deren Zulieferer die dringend notwendigen Aufträge. Leider mussten ich und auch weitere Bergbahnkollegen einmal mehr feststellen, dass eingereichte Bauprojekte wohl in Einhaltung der Termine behandelt, aber Nachfragen von einzelnen Amtsstellen immer noch auf den letzten Tag des Verfahrens zugestellt werden. Dies wiederum bewirkt, dass erst dann von Seiten einer Bauherrschaft die Fragen aufgearbeitet werden können, was wiederum eine Verzögerung des Baubeginns von mehreren Wochen mit sich bringt. In meinem Bereich erlebte ich es so, dass wir nur durch das grosse Entgegenkommen des Projektführenden Mitarbeiters aus dem Amt für Raumentwicklung eine schnellere Behandlung der Rückmeldungen erreichen konnten. So konnte ein Ende Mai eingegebenes Projekt doch noch im Oktober begonnen werden. Wenn alles gut läuft, sollten wir mit viel Mehraufwand und dank dem trockenen Novemberwetter ein innovatives Projekt bis Weihnachten in Betrieb nehmen können.

Es ist für mich unverständlich, warum der immer versicherte, funktionierende «one Stopp Shop» nicht übergreifend bei den Departementen funktioniert. Es bringt den Investoren nichts, wenn das eine Amt, in meinem Beispiel das ARE, alles daran setzt, dass die Abläufe funktionieren und die Bauherrschaft rasch Antworten und Nachfragen erhält, aber andere Amtsstellen trotz einer vorgängigen Begehung alles daransetzen, um mit dem Ausreizen der Verfahrenszeiten ein Bauprojekt mit touristischem Nutzen zu verzögern.

Bevor ich der Regierung mit einem Auftrag grössere Aufwendungen aufbürde, möchte ich folgende Fragen stellen:

- Sieht die Regierung keinen Handlungsbedarf, um solche Verzögerungstaktiken, insbesondere von Amtsstellen im Amt für Natur und Umwelt, endlich auszuräumen und so Innovationen in der touristischen Entwicklung im Kanton Graubünden nicht immer künstlich zu behindern?
- Wurde die Frage nach der Ämterzuteilung in den einzelnen Departementen einmal diskutiert, wie es anlässlich der Behandlung des Auftrages Casutt-Derungs im August 2016 versprochen wurde, insbesondere weil der Auftrag mit 54:53 nur sehr knapp nicht überwiesen wurde?

Davos, 30. November 2020

Peter Engler, Davos Dorf